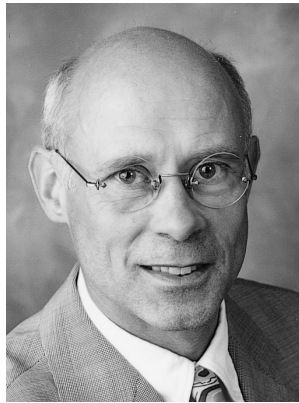


Der EU-Haushalt für die Jahre 2007 bis 2013 ist – die Zustimmung des EU-Parlaments vorausgesetzt – beschlossene Sache. Mit einem Volumen von gut 862 Mrd. Euro und einem Anteil von 1,045% am Nationaleinkommen der EU liegt er beträchtlich unter den ursprünglichen Vorstellungen der Kommission und nahe an dem Vorschlag der Luxemburger Ratspräsidentschaft vom Juni des Jahres. Der Britenrabatt wird insgesamt um 10,5 Mrd. Euro gekürzt. Darüber hinaus hat Großbritannien akzeptiert, dass es dauerhaft auf Rabatte zugunsten von Strukturhilfen an die neuen Mitgliedsländer verzichtet. Ferner sieht der Beschluss vor, dass 2008 oder 2009 neue Entscheidungen zu allen Fragen der Einnahmen und Ausgaben der EU getroffen werden können – inklusive solcher zum Britenrabatt und zu den Agrarbeihilfen.

Angesichts der ablehnenden Volksentscheide zum Verfassungsentwurf sowie des Scheiterns des letzten Finanzgipfels herrscht allenthalben Genugtuung darüber, dass die EU nun Handlungsfähigkeit bewiesen hat. Doch hat die EU materiell zukunftsweisende Entscheidungen getroffen? Die ursprüngliche Forderung Tony Blairs, einem Abbau des Britenrabatts nur dann zuzustimmen, wenn es zu einer grundlegenden Neuausrichtung im Haushalt kommt, die für mehr wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der EU steht, hat sich nicht durchgesetzt. Die gesamte Verhandlungsstrategie Tony Blairs nährt allerdings im Nachhinein den Verdacht, dass es ihm von Anfang an nur darum ging, so viel wie möglich des Rabattes zu retten. Im Übrigen: so, wie der EU-Haushalt mit seinen umstrittenen Ausgaben und Einnahmeregeln heute aussieht und auch in der nächsten Förderperiode aussehen wird, ist er zu erheblichen Teilen auf britische In-



Konrad Lammers
EU-Haushalt – ein zukunftsweisendes Ergebnis?

itiativen zurückzuführen. Nicht nur der viel diskutierte Britenrabatt, der 1984 als Kompensation für hohe EU-Agrarsubventionen in anderen Mitgliedsländern eingeführt wurde, sondern auch die Strukturfonds gehen in ihren Ursprüngen auf britische Forderungen zurück.

Großbritannien, wie allen anderen Mitgliedsländern auch, ist es in den Haushaltsverhandlungen stets darum gegangen, eigene Verteilungsinteressen durchzusetzen; nach dem Nutzen für Europa, der die Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik und die Strukturfonds begründen könnte, ist dabei fast nie gefragt worden. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass die verschiedenen Fonds und Ausgabepositionen immer als Stellschrauben gedient haben, um ein dann letztlich von allen akzeptiertes Verteilungsergebnis zu erreichen.

Wenn der Finanzplan für die Jahre 2007-2013 im Wesentlichen die Ausgabenstruktur vorheriger Jahre fortschreibt und nicht das Ergebnis einer grundsätzlichen Aufgabenkritik ist, so ist immerhin jetzt vereinbart worden, dass 2008 oder 2009 zu allen Einnahmen und Ausgaben neue Entscheidungen getroffen

werden können. Entscheidungen für eine zukunftsweisende Aufgaben- und Ausgabenpolitik der EU sind mehr als dringlich. Die teure gemeinsame Agrarpolitik ist trotz aller Reformen im Kern eine Politik zur Erhaltung einer Problembranche geblieben und damit per se nicht wachstumsfördernd. Die Regionalpolitik über die diversen Fonds mag zwar den Aufholprozess der Kohäsionsländer gestützt haben und jetzt den der neuen Mitgliedsländer fördern, entscheidend für das Aufholen aber waren und sind andere Faktoren: eine konsequente Liberalisierungspolitik, wachstumsfreundliche Steuersysteme und makroökonomische Stabilität. Dort, wo diese Bedingungen nicht gegeben sind, nützen auch noch so umfangreiche Strukturhilfen nichts. Einen Beitrag zur regionalen Konvergenz hat die Regionalpolitik nicht geleistet, und die oft behaupteten Wirkungen im Hinblick auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit des EU-Wirtschaftsraumes insgesamt sind mehr als fragwürdig und auch noch nie untersucht worden. Gegen wachstumsstimulierende Impulse der Regionalpolitik spricht schon, dass durch sie zum ganz überwiegenden Teil wachstumsschwache Gebiete gefördert werden. Eine Rückführung dieser Aufgabenbereiche ist also eine vordringliche Aufgabe.

Dabei geht es nicht darum, einen finanziellen Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern als Ausdruck der Solidarität in der EU abzuschaffen, im Gegenteil. Es geht darum, dieser Solidarität durch transparente Ausgleichsregeln Ausdruck zu verleihen. Es bleibt zu hoffen, dass eine grundsätzliche Neuausrichtung der Aufgaben- und Ausgaben der EU mit Entschiedenheit angegangen und nicht über die Zufriedenheit, Handlungsfähigkeit bewiesen zu haben, zu den Akten gelegt wird.